UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Unser Land ist Kriegspartei

Ein unangenehmes Gefühl herrscht, wenn wir feststellen müssen, dass unser Land, das neutral sein müsste, plötzlich als Kriegspartei dasteht. Eigentlich hätten wir merken müssen, dass unser über Jahrzehnte für die Welt wichtiges neutrales Land seit den Kurz-Regierungen diese Position verloren hat. Auch die Schweiz ist Kriegspartei geworden, seit sie sich den Sanktionen der EU gegen Russland angeschlossen hat. Weder Wien noch Genf werden daher als Städte für Gespräche von Konfliktparteien gewählt, sondern die Türkei.

Die skandinavischen Staaten haben diese Glaubwürdigkeit ja schon seit Palmes Ermordung verloren. Es gibt globale Interessen, die davon profitieren, weil sie sich über alles hinwegsetzen, was ihren Geschäftsinteressen zuwiderläuft. Während bei uns die Politik und ihre Medien dieses Faktum unter den Teppich kehren, führt das in der Schweiz zu Diskussionen und vielleicht auch zu einem Referendum. Die Neutralität eines Landes hängt von dessen Glaubwürdigkeit ab. Und diese vom Verhalten in kritischen Situationen in der Vergangenheit und nicht von den vollmundigen Bekenntnissen der Politiker. Sie ist in sich ein Wert, der von politischen Eintagsfliegen nicht begriffen wird, aber lebenserhaltende Bedeutung auch für die Bevölkerung hat. Neutrale Länder haben Kriege ungleich besser überstanden als andere, selbst wenn sie vorübergehend besetzt waren. Österreich hatte das Glück, sich zur Neutralität im Staatsvertrag zu verpflichten – die übrigens kein Ende vorsieht.

Wer der Neutralität das Ende redet, denkt wohl auch an ein Ende Österreichs. In einer Diskussion über die Neutralität unseres Nachbarlandes, die Sie unter https://youtube/CFOyuyuTS38 nachverfolgen können, bekommen Sie einen Eindruck zur Einschätzung der heutigen Lage. Da wird auch erklärt, warum Österreich Kriegspartei wurde. Es gehört zur Propaganda der Kriegsparteien, ihre Sicht der Welt in die Köpfe der Menschen zu bringen. Gelebte Neutralität erfordert daher Aufwand an selbstständigem Denken, um sich nicht jeder gerade bestehenden Mehrheit unbedacht anzuschließen. Es würde ja genügen, wenn man imstande wäre, aus den Erfahrungen der eigenen Zeit-Geschichte zu lernen. Leider hat die EU derzeit eine Person an der Spitze, die den Eindruck macht, dass sie sich immer noch die Befehle aus dem NATO-Hauptquartier holt, anstatt Weitblick zu bewahren.

Rund 20 Millionen Euro für die Wahl im Herbst, 11,5 Millionen Jahres-Budget für die Präsidentschaftskanzlei und ein monatliches Brutto-Gehalt von 25.000 Euro. Wir lassen uns den Ersatzkaiser in der Hofburg einiges kosten.

Alexander Van der Bellen will seine „Erfahrung weiterhin in den Dienst für unser Land stellen". Der 78jährige kandidiert wieder für das Bundespräsidenten-Amt.

Den Ersatzkaiser lassen wir uns einiges kosten. Im Jahr 2016 verschlangen der erste und zweite Hofburg-Wahlgang zusammen 42 Millionen Euro, geht aus einem Rechnungshof-Bericht hervor. Die Wiederholung des zweiten Wahlganges nach der Wahlanfechtung durch die FPÖ schlug sich mit 25,31 Millionen Euro zu Buche.

Bei der Wahl im Herbst ist heuer wohl wieder mit Kosten von etwa 20 Millionen Euro für die Steuerzahler zu rechnen. Denn SPÖ und ÖVP verzichten auf einen Gegenkandidaten. Damit ist eine Stichwahl unwahrscheinlich.

Zu den Ausgaben für den Urnengang kommen jährlich 11,5 Millionen Euro für die Präsidentschaftskanzlei, das „Büro" des Bundespräsidenten. Das Budget machte zuletzt einen deutlichen Sprung. In den Jahren davor waren es „nur" rund 9,5 Millionen Euro.

85 Planstellen sind laut Bundesvoranschlag für den „Hofstaat" vorgesehen. Darunter zwei Militärs, auch als Verbindungsorgane zum Bundesheer, dessen Oberbefehlshaber der Präsident ist.

Alexander Van der Bellen